

Europapolitische Forderungen an den Koalitionsvertrag

Die Bundesleitung der Kolpingjugend Deutschland fordert von der neuen Bundesregierung aktives europapolitisches Handeln

Deutschland hat gewählt und alle demokratischen Parteien sind aufgerufen eine Regierung für die Zukunft unserer gemeinsamen Gesellschaft zu bilden. Als Bundesleitung der Kolpingjugend Deutschland stellen wir fest, dass die kommende Bundesregierung vor wegweisenden Entscheidungen steht und diese auch umsetzen muss. Dies betrifft insbesondere die Themen Klimaschutz, Digitalisierung, Migration und Generationengerechtigkeit. Diese wichtigen Themen können nicht als nationale Einzelgänge gelöst werden, sondern müssen europäisch beantwortet werden. Als Kolpingjugend sind wir überzeugt, dass Deutschland eine starke, solidarische und soziale Europäische Union braucht. Dafür setzen wir uns ein und fordern auch von der neuen deutschen Bundesregierung ein aktives proeuropäisches Handeln. Nur gemeinsame europäische Lösungen und eine starke europäische Solidargemeinschaft machen Deutschland und die EU in Zukunft krisenfest.

Im kürzlich veröffentlichten Sondierungspapier von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (Stand 15.10.2021) wird deutlich, dass Europa zwar politisch mitgedacht wird, gleichzeitig jedoch einige entscheidende Punkte fehlen, die in den neuen Koalitionsvertrag dringend Eingang finden müssen.

Die Bundesleitung der Kolpingjugend stellt deshalb folgende europapolitische Forderungen auf, die im neuen Koalitionsvertrag enthalten sein sollten:

- Wir begrüßen eine dringend notwendige Wahlalterabsenkung auf mind. 16 Jahre als ersten großen Schritt in die richtige Richtung (für Bundestags- und Europawahlen).
- Wir unterstützen alle zweckmäßigen Maßnahmen zur Reduzierung von CO₂ zur konsequenten Umsetzung des European Green Deal.
- Wir fordern die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens (1,5 Grad-Ziel) an Fördermitteln der EU zu binden (Sanktionsmechanismus).
- Wir begrüßen die Attraktivität von CO₂-neutralen Verkehrsmitteln durch gezielte Investitionen in entsprechende Infrastruktur zu fördern. Hierzu muss vor allem der Schienenverkehr europaweit ausgebaut und attraktiver werden.

- Wir fordern von der Bundesregierung ein klares Bekenntnis zur EU und ihrer Weiterentwicklung. Die Konferenz zur Zukunft Europas muss aktiv mitgestaltet werden, um einen transparenten und repräsentativen Prozess anzustrengen. Die künftige Bundesregierung sollte insbesondere Verbände und Vereine ermutigen, sich in diesen Prozess einzubringen.
- Wie unterstützen mehr Gesetzgebungskompetenzen auf EU-Ebene. Hierzu muss auch eine Debatte über die Veränderung bestehender EU-Verträge angestoßen werden. Wir fordern ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments, sowie mehr Mehrheitsentscheidungen auf EU-Ebene. Blockierende Vetorechte einzelner Mitgliedsstaaten im Europäischen Rat müssen der Vergangenheit angehören.
- Wir unterstützen die Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut in Europa. Wir fordern mehr Engagement der zukünftigen Regierung, um Weiterbildung und berufliche Qualifizierungsmöglichkeiten zu stärken. Hierzu gehört es, die EU-Jugendstrategie gezielt umzusetzen, sowie die Qualität und Anerkennung von Jugendverbandsarbeit in ganz Europa zu stärken.
- Wir fordern einen europäischen „Mindestlohn“ gemessen an der nationalen Leistungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten.
- Wir fordern die Verteilung der Fördermittel an EU Rechtsstaatsprinzipien zu binden und Missachtungen konsequent zu ahnden.
- Wir unterstützen das Ziel, liberale Demokratien in Europa, zur Abwehr antidemokratischer Strukturen zu befähigen.
- Wir fordern unsere europäischen Außengrenzen wirksam zu schützen und Kriminalität (bspw. Menschen-, Drogenhandel und Terroristen) wirksam zu bekämpfen. Hierzu muss die Europäische Union ihre eigenen Partner beim Thema Grenzschutz nicht nur finanziell und personell unterstützen, sondern auch ihr Handeln kritisch reflektieren.
- Wir fordern eine gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik mit einer EU-weiten Verteilung, die ihrer humanitären Verantwortung nachkommt und im Sinne ihrer europäischen Grundwerte handelt. Illegale „Push-Backs“ an Europas Außengrenzen müssen gestoppt werden.

Wir rufen alle zukünftig in Verantwortung stehenden Politiker*innen auf, sich mit Herzblut und Freude für eine zukunftsfähige Europäische Union einzubringen. Für uns als junge Generation ist Europa nicht nur ein Projekt, sondern ein Lebensgefühl und eine Lebensrealität, die Sie als politische Verantwortungsträger*innen aktiv mit Leben füllen.

Beschlossen durch die Bundesleitung der Kolpingjugend Deutschland am 10.11.2021.
Erarbeitet durch die Arbeitsgruppe Europa.

Kontakt:

Larissa Florysiak | Jugendpolitische Bildungsreferentin
Larissa.Florysiak@kolping.de | +49 (0)221 20701-146